Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 1-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Niederschrift über die 26. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des am25. Mai 2008 gewählten Kreistages am Donnerstag, den 20.09.2012 um 17:00 Uhr in Plön, Kreisverwaltung, Kreistagssitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Kreispräsident Peter Sönnichsen

Mitglieder

Herr Kai Bellstedt ab 17:35 Uhr
Herr Klaus-Detlef Benecke
Herr Harald Bleckert
Frau Annette Blöcker
Herr Klaus Blöcker
Frau Ingrid Bredereck-Mallas
Herr Klaus-Peter Bülowius
Frau Maria Busch-Laurinck
Herr Simon Bussenius
Frau Heidrun Clausen
Frau Rebecca Dibbern
Herr Dr. Ulrich Drerup
Herr Gerd Dreßler
Herr Matthias Ehmke
Herr Hans-Jürgen Gärtner
Frau Bettina Hansen
Herr Thomas Hansen
Herr Kay Herrmann
Herr Axel Hilker ab 17:15 Uhr
Frau Helga Hohnheit
Frau Regina Jaeger ab 17:15 Uhr
Herr André Jagusch
Herr Dr. Mark Jahn
Herr Uwe Janz
Herr Gert Killig
Herr Jürgen Kleinfeldt
Herr Dirk Koslowski
Herr Stefan Leyk
Herr Norbert Maroses
Frau Hildegard Mersmann
Frau Ulrike Michaelsen
Herr Matthias Naumann
Herr Jürgen Plambeck
Herr Hans-Herbert Pohl
Herr Walter Riecken
Frau Ingrid Rusch
Herr Björn Rüter
Herr Wolfram Schlauderbach
Herr Lutz Schlünsen
Frau Beke Schöneich-Beyer
Herr Alexander Schreiber
Frau Anneliese Schwalbe
Herr Horst Thielscher
Herr Dr. Claus Thies
Herr Klaus-Dieter Wagner
Herr Martin Wolf ab 17:20 Uhr

Landrätin

Frau Stephanie Ladwig

Verwaltung

Herr Bernd Bureck
Herr Hendrik Schwinghammer
Frau Dr. Yvonne Maria Wiegner
diverse Mitglieder der Verwaltung

Es fehlen:

Mitglieder

Frau Kirsten Bock
Frau Christiane Coenen
Herr Bernd Friedrich
Herr Hans-Helmut Lucht

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 2-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Frau Dr. Birgit Malecha-Nissen
Frau Dr. Regine Niedermeier-Lange
Herr Heinrich Övermöhle
Frau Melanie Stoßberg

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 3-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Begrüßung	
1.1.	Übergabe der Erntekrone	
2.	Eröffnung, Beratung der Tagesordnung und Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Aktuelle Stunde	
5.	Niederschriften über die Sitzungen am 19.04.2012, 07.06.2012 und 28.06.2012	
6.	Umbesetzung von Gremien	
6.1.	Beratung und Beschlussfassung: Neubestellung der von der Gesellschafterversammlung zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH	063/12
6.2.	Bestellung eines Mitgliedes des Stiftungsrates der Susanne und Klaus Reger Stiftung	065/12
7.	Beratung und ggf. Beschlussfassung über eine Kreisentwicklung auf Grundlage von Entwicklungszielen	060/12
8.	Beratung und Beschlussfassung zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung (GTZ/WFA) ab 2013	064/12
9.	Beratung und Beschlussfassung über die Zukunft der Kreisfeuerwehrzentrale	057/12
9.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kreisfeuerwehrzentrale	AN/2012/0038
10.	Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 021/12; Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung eines Klimaschutz-Teilkonzeptes und die Beschäftigung eines Energieberaters - Anpassung an die neueste Entwicklung zur Förderungsgewährung -	021/12/1

11.	Beratung und Beschlussfassung zum Fortgang des Konsolidierungsgesetzes	071/12
12.	Beratung und Beschlussfassung über das weitere Verfahren zur Einführung des Digitalfunks	049/12
13.	Beratung und Beschlussfassung über die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde (Übertragung der Aufgabe und Zuständigkeit für die Tierkörperbeseitigung)	056/12
14.	Beratung und Beschlussfassung über die Ergebnisse des Hilfsfrist-Gutachtens im Rettungsdienst	051/12
14.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hilfsfrist-Gutachten	AN/2012/0039
15.	Haushalt 2013; hier: Bildung von Eckwerten	068/12
16.	1. Nachtragshaushaltssatzung 2012; hier: Änderung des Stellenplanes	041/12
17.	Haushaltsvollzug 2011; hier: Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2011; Ergänzung zur Vorlage 033/12	040/12
18.	Abschluss des Haushaltsjahres 2010; hier: 1. Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen; 2. Ausweitung von Übertragungsmöglichkeiten	067/12
19.	Kenntnisnahme einer überplanmäßigen Ausgabe im Rahmen einer Eilentscheidung; hier: Mülltonnen für die Abfallwirtschaft	044/12

<u>Nicht öffentlicher Teil</u>

20.	Beratung und Beschlussfassung über eine Ergänzungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Abfallentsorgungspflicht vom 14.05.2001	050/12
21.	Beratung und Beschlussfassung über die Nutzung und Veräußerung eines Grundstückes in Preetz (Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 022/12)	022/12/1

Öffentlicher Teil

22. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung

Kreispräsident Sönnichsen begrüßt um 17:00 Uhr die anwesenden Kreistagsabgeordneten, Einwohner, Presse und Mitarbeiter der Verwaltung.

Auf Bitten des Kreispräsidenten erheben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen, um dem am 06.09.2012 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Herbert Bustorf zu gedenken.

1.1. Übergabe der Erntekrone

Die Landfrauen des Landfrauenvereins Schönkirchen übergeben in gewachsener Tradition eine Erntekrone an den Kreispräsidenten.

In ihrer Ansprache betont Frau Schneekloth als Kreisvorsitzende der Landfrauen die Verbundenheit zum Kreis Plön. Die Erntekrone symbolisiert den Dank für die gute Ernte der Landwirtschaft in diesem Jahr.

Zum Abschluss werden die Landfrauen durch Herrn Kreispräsidenten Sönnichsen mit einem Blumenpräsent verabschiedet.

2. Eröffnung, Beratung der Tagesordnung und Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Der Kreispräsident eröffnet die Sitzung des Kreistages um 17:15 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 06.09.2012 einberufen wurde. Von den insgesamt 55 Abgeordneten sind zu diesem Zeitpunkt 45 anwesend. Der Kreistag ist somit beschlussfähig. Zum Protokollführer wird Herr Schwinghammer bestellt.

Beschlüsse zur Tagesordnung:

1. Die Tagesordnung soll im Wege der Dringlichkeit um den TOP 11 „Beratung und Beschlussfassung zum Fortgang des Konsolidierungsgesetzes“ erweitert werden

2. Die CDU-Fraktion beantragt, die Tagesordnungspunkte 7 (Beratung und ggf. Beschlussfassung über eine Kreisentwicklung auf Grundlage von Entwicklungszielen) und 21 (Beratung und Beschlussfassung über die Nutzung und Veräußerung eines Grundstückes in Preetz) von der Tagesordnung abzusetzen.

3. Der Tagesordnungspunkt 20 „Beratung und Beschlussfassung über eine Ergänzungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Abfallentsorgungspflicht vom 14.05.2001“ soll nicht öffentlich behandelt werden.

Stimmenverhältnis:

zu Punkt 1: einstimmig
zu Punkt 2: 41 ja-Stimmen 1 nein-Stimme 3 Enthaltungen
zu Punkt 3 sowie Abstimmung über die Tagesordnung insgesamt: einstimmig

3. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner des Kreises Plön fragt, ob dem Kreistag bekannt ist, dass ein Förderverein zum Erhalt der Meerwasserschwimmhalle in Laboe gegründet wurde. Darüber hinaus bittet er um Beantwortung der Frage, ob bekannt ist, dass eine gemeinsame Informationsveranstaltung der Gemeinde Laboe und dem Förderverein am 26.09.2012 stattfindet, in dem das erfolgreiche Betriebsmodell eines Hallenbades aus Nörten-Hardenberg vorgestellt werden soll.

Kreispräsident Sönnichsen teilt mit, dass er über die Gründung des Fördervereins informiert ist. Dass eine gemeinsame Informationsveranstaltung stattfinden soll, ist ihm jedoch bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt gewesen.

Rainer Maurischat aus Preetz bittet um Auskunft, ob der Kreis Plön sich vor dem Hintergrund steigender Energiekosten darüber Gedanken gemacht hat, selber als Energieproduzent am Markt aufzutreten.

Herr Sönnichsen erläutert, dass es hierzu zurzeit keine entsprechenden Überlegungen bzw. Beschlüsse des Kreises gibt.

4. Aktuelle Stunde

Zum TOP 4 „Aktuelle Stunde“ ist fristgerecht kein Antrag gestellt worden.

5. Niederschriften über die Sitzungen am 19.04.2012, 07.06.2012 und 28.06.2012

Beschluss:

1. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 19.04.2012 wird genehmigt.
2. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 07.06.2012 wird genehmigt.
3. Die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 28.06.2012 wird genehmigt.

Stimmenverhältnis:

zu 1. einstimmig
zu 2. einstimmig bei 1 Enthaltung
zu 3. einstimmig bei 3 Enthaltungen

6. Umbesetzung von Gremien

6.1. Beratung und Beschlussfassung: Neubestellung der von der Gesellschafterversammlung zu bestellenden Mitglieder des Aufsichtsrates der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH
Vorlage: 063/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Die Landrätin als Vertreterin der Gesellschafter wird gebeten, möglichst zeitnah eine Gesellschafterversammlung der Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön gemeinnützige GmbH einzuberufen und folgende Personen zu Mitgliedern des Aufsichtsrates zu bestellen:
1. Dr. Ulrich Drerup
2. Hans-Jürgen Gärtner
3. Ulrike Michaelsen
4. Alexander Schreiber
5. Helga Hohnheit
6. Norbert Maroses
7. Bettina Hansen

Stimmenverhältnis: einstimmig bei drei Enthaltungen

6.2. Bestellung eines Mitgliedes des Stiftungsrates der Susanne und Klaus Reger Stiftung
Vorlage: 065/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Frau Karin Bobertz, Schulleiterin der Heinrich-Heine-Schule, Gymnasium des Kreises Plön in Heikendorf, wird mit sofortiger Wirkung in den Stiftungsrat der Susanne und Dr. Klaus Reger Stiftung berufen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

7. Beratung und ggf. Beschlussfassung über eine Kreisentwicklung auf Grundlage von Entwicklungszielen
Vorlage: 060/12

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

8. Beratung und Beschlussfassung zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung (GTZ/WFA) ab 2013
Vorlage: 064/12

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass seine Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GTZ Raisdorf

GmbH für das Modell 6, Beibehaltung und sofortige Optimierung der GmbH, votieren. Dabei sind die im Workshop festgelegten Schwerpunktthemen der Bestandspflege und der Gewerbeflächenvermarktung berücksichtigt.

Hinsichtlich des Zuschussbedarfes für GTZ und WFA wird beschlossen, diesen ab 01.01.2013 als Zielgröße um 20%, das entspricht rund 58.000,- € des Jahresbudgets im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011, zu reduzieren, unter der Maßgabe, strategische Ziele der Kreisentwicklung (u.a. Breitband) mit umzusetzen. Dabei wird die vorhandene 0,5 Beraterstelle bei der WFA zu einer Vollzeitstelle für die Wirtschaftsförderung aufgestockt.

Dieses Votum gilt zunächst für zwei Jahre in denen die Geschäftsführung die angekündigte Optimierung umzusetzen hat. Bis spätestens Mitte 2015 ist schließlich am Erfolg zu prüfen, ob das Geschäftsmodell GTZ / WFA weitergeführt werden soll.

Stimmenverhältnis: 39 ja-Stimmen 5 nein-Stimmen 3 Enthaltungen

9. Beratung und Beschlussfassung über die Zukunft der Kreisfeuerwehrzentrale Vorlage: 057/12

9.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Kreisfeuerwehrzentrale Vorlage: AN/2012/0038

Nach Aussprache stellt Kreispräsident Sönnichsen einvernehmlich die Reihenfolge der Abstimmung über die vorliegenden Anträge fest.
Der Kreistag fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

1.) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/2012/0038)

Beschluss:

Der Kreistag sieht von der Realisierung eines Neubaus der Kreisfeuerwehrzentrale zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Die von der Feuerwehrunfallkasse beanstandeten Mängel sind durch bauliche Maßnahmen an der KFWZ im notwendigen Umfang zu beheben.

Stimmenverhältnis: 7 ja-Stimmen 37 nein-Stimmen 3 Enthaltungen

2.) Antrag der FDP-Fraktion

Beschluss:

Die Sanierung der bestehenden Kreisfeuerwehrzentrale wird ausgesetzt.
Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Kreistagssitzung am 20.12.2012 darzulegen, welcher der Standorte (Plön, Preetz, Lütjenburg oder Wankendorf), nach vergleichender Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und unter Berücksichtigung weiterer Aspekte, die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Stimmenverhältnis: 9 ja-Stimmen 31 nein-Stimmen 7 Enthaltungen

3.) Antrag der UWG-Fraktion

Beschluss:
Der Beschluss des Kreistages zur Sanierung der (bestehenden) Kreisfeuerwehrzentrale am jetzigen Standort wird ausgesetzt. Der Plöner Kreistag favorisiert einen Neu- bzw. Umbau an einem anderen Standort unter der Voraussetzung, dass dies die wirtschaftlichere Alternative ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Kreistagssitzung am 20.12.2012 darzulegen, welcher der Standorte
1) Wankendorf Neubau ohne Übungsplatz
2) Lütjenburg Umbau und Erweiterung mit/ohne Übungsplatz
3) Preetz Neubau mit/ohne Übungsplatz
unter Berücksichtigung einer vergleichenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und unter Berücksichtigung weiterer Aspekte wie z.B. Synergieeffekten die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Stimmenverhältnis: 4 ja-Stimmen 37 nein-Stimmen 6 Enthaltungen

4.) <u>Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD</u>

Beschluss:

Es wird keine Sanierung der bestehenden Kreisfeuerwehrzentrale durchgeführt, sondern ein Neubau bzw. Umbau an einem anderen Standort, weil dies die wirtschaftlichere Alternative ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Kreistagssitzung am 20.12.2012 darzulegen, welcher der Standorte
1) Wankendorf Neubau ohne Übungsplatz
2) Lütjenburg Umbau und Erweiterung mit/ohne Übungsplatz
3) Preetz Neubau mit/ohne Übungsplatz
und nach vergleichender Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Berücksichtigung weiterer Aspekte die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Stimmenverhältnis: 35 ja-Stimmen 10 nein-Stimmen 2 Enthaltungen

<u>10. Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 021/12; Beratung und Beschlussfassung über die Erstellung eines Klimaschutz- Teilkonzeptes und die Beschäftigung eines Energieberaters - Anpassung an die neueste Entwicklung zur Förderungsgewährung -</u>
<u>Vorlage: 021/12/1</u>
Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

1.) Im Jahr 2013 soll durch einen externen Anbieter ein Klimaschutz-Teilkonzept für die Liegenschaften des Kreises Plön erstellt werden, sofern eine mindestens 50%ige Förderung sichergestellt ist.
Hierfür werden im Haushalt 2013 45.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Förderung wird ebenfalls mit 22.500 Euro im Haushalt 2013 veranschlagt.

2) Zur Umsetzung des Klimaschutz-Teilkonzeptes ist im Stellenplan 2014 zunächst befristet für 2 Jahre eine neue Stelle für einen Energieberater/ -manager vorgesehen, sofern eine mindestens 50%ige Förderung sichergestellt ist. Eine höhere Förderung ist anzustreben.
Über eine Entfristung der Stelle wird zu gegebener Zeit entschieden.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

11. Beratung und Beschlussfassung zum Fortgang des Konsolidierungsgesetzes
Vorlage: 071/12

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Plön bekräftigt seine Bereitschaft, auch unter geänderten Voraussetzungen an dem bereits am 19. April 2012 gefassten Grundsatzbeschluss zum Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz (Vorlage Nr.: 019/12; Anlage 1) festzuhalten.

Unter der Voraussetzung, dass der Landtag den vorgelegten Gesetzesentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe nicht oder nur unmaßgeblich verändert, ist durch die Verwaltung bis zum 5. Oktober 2012 beim Innenminister des Landes Schleswig-Holstein jeweils ein Antrag auf Gewährung
1. einer Fehlbetragszuweisung sowie
2. einer Konsolidierungshilfe zu stellen.

Der Antrag auf Gewährung der Konsolidierungshilfe ist ohne Kenntnis der noch zu erlassenen Richtlinien vorsorglich und zur Fristwahrung einzureichen.

Stimmenverhältnis: 34 ja-Stimmen 4 nein-Stimmen 6 Enthaltungen

12. Beratung und Beschlussfassung über das weitere Verfahren zur Einführung des Digitalfunks
Vorlage: 049/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreis Plön beteiligt sich an der Landesausschreibung zur Beschaffung von Digitalfunkgeräten für den Brandschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz. Haushaltsmittel in Höhe von 210.000 € (brutto) sind in den Kreishaushalt 2013 als Verpflichtungsermächtigung einzustellen.
Nach Anschluss der Leitstelle Mitte (IRLS Mitte) an den Digitalfunk und mit Einstieg in den Digitalfunk entsprechend der Bedingungen der Verwaltungsvereinbarung über die Verteilung der Kosten der Unterhaltung und des Betriebes des Digitalfunknetzes aus dem Monat Februar 2011 tritt der Kreis Plön durch Unterzeichnung der Beitrittserklärung dieser Verwaltungsvereinbarung bei.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

13. Beratung und Beschlussfassung über die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Kreis Rendsburg-Eckernförde (Übertragung der Aufgabe und Zuständigkeit für die Tier-

körperbeseitigung)
Vorlage: 056/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Kündigung folgender vertraglicher Vereinbarungen zum 31.12.2014:

1. Vereinbarung mit dem Kreis Rendsburg (Rechtsnachfolger: Kreis Rendsburg-Eckernförde) und der Stadt Neumünster zur Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben der unschädlichen Beseitigung von Tierkörpern und Tierkörperteilen in Tierkörperbeseitigungsanlagen vom 20.09.1965

2. Vertrag mit der Landeshauptstadt Kiel bezüglich der Abholung und unschädlichen Beseitigung von Konfiskaten, Abfällen des Schlachthofes sowie Kadaver und Kadaverteilen vom 15.05.1935 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 24.12.1975

Stimmenverhältnis: einstimmig

14. Beratung und Beschlussfassung über die Ergebnisse des Hilfsfrist-Gutachtens im Rettungsdienst
Vorlage: 051/12

14.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Hilfsfrist-Gutachten
Vorlage: AN/2012/0039

Nach Aussprache fasst der Kreistag folgende Beschlüsse:

1. Beschluss über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (AN/2012/0039):

Der erste Absatz des Beschlussvorschlages wird wie folgt gefasst:

„Die Verwaltung wird beauftragt, das sog. Hilfsfrist-Gutachten in der vorläufigen Fassung der gutachterlichen Zusammenfassung vom 03.08.12 und in diesem Zusammenhang die Nachbemessung des Rettungsdienstes von Januar 2012 zeitnah und unabhängig von vorherigen finanziellen Klärungen umzusetzen.“

Der Satz „Für den Fall, dass die Krankenkassen (…) ohne Finanzierungszusage der Kassen umzusetzen.“ wird gestrichen.

Stimmenverhältnis: 5 ja-Stimmen 39 nein-Stimmen 3 Enthaltungen

2. Beschluss über den Beschlussvorschlag der Verwaltung (Vorlage 051/12):

Die Verwaltung wird beauftragt, das sog. Hilfsfrist-Gutachten in der vorläufigen Fassung der gutachtlichen Zusammenfassung vom 03.08.12 und in diesem Zusammenhang die Nachbemessung des Rettungsdienstes von Januar 2012 zeitnah umzusetzen.
Dazu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Übertragung des Versorgungsbereiches südwestlich des Plöner Sees (Nehmten, Sepel, Godau)

auf den Kreis Segeberg soll zurück genommen werden.

- Entsprechend der Ausführung des vorläufigen Gutachtens der Fa. Forplan, Dr. Betzler, sollen in den Versorgungsbereichen Lütjenburg, Preetz und Plön zur Einhaltung der Hilfsfristen ausgelagerte Rettungsmittelstützpunkte eingerichtet werden.

Für den Fall, dass die Krankenkassen als Kostenträger die Umsetzung nicht unterstützen sollten, wird die Verwaltung beauftragt, das Gutachten auch ohne eine Finanzierungszusage der Kassen umzusetzen. Die Kosten des Gutachtens sollen aus dem Kosten- und Leistungsnachweis des Rettungsdienstes für das Jahr 2012 abgewickelt werden.

Stimmenverhältnis: 41 ja-Stimmen 6 nein-Stimmen

15. Haushalt 2013; hier: Bildung von Eckwerten
Vorlage: 068/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt für die Haushaltsplanung 2013 die in der Anlage ausgewiesenen Eckwerte, ggfs. mit folgenden Änderungen. Ausgenommen von der Eckwertebildung sind die Budgets 10, 15, 37, 40 - 43, 45, 46 sowie 51 – 53.

Stimmenverhältnis: einstimmig

16. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012; hier: Änderung des Stellenplanes
Vorlage: 041/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die anliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung und den anliegenden Nachtrag zum Stellenplan 2012.

Stimmenverhältnis: einstimmig

17. Haushaltsvollzug 2011; hier: Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2011; Ergänzung zur Vorlage 033/12
Vorlage: 040/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Von den zusätzlich bewilligten außerplanmäßigen Aufwendungen im Rahmen der internen Leistungsverrechnung wird Kenntnis genommen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

18. Abschluss des Haushaltsjahres 2010; hier: 1. Bewilligung von überplanmäßigen Aufwendungen; 2. Ausweitung von Übertragungsmöglichkeiten
Vorlage: 067/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag erklärt rückwirkend ab dem Haushaltsjahr 2010 seine grundsätzliche Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Rahmen der internen Leistungsverrechnung, sofern auch auf den Konten, die sie verursacht haben, zusätzliche Mittel (im Rahmen des Deckungsringes oder überplanmäßig) bereitgestellt wurden. Über die Inanspruchnahme dieser Zustimmung ist die Selbstverwaltung im jeweiligen Jahresabschlussbericht zu informieren.

2. Mit dem gleichen Hintergrund beschließt der Kreistag rückwirkend für die Jahre 2010 bis 2012 die grundsätzliche Übertragbarkeit von Mitteln bei den Aufwandskonten der internen Leistungsverrechnung, sofern sie sich auf Konten der Grundstücksunterhaltung beziehen. Über diese Übertragungen ist die Selbstverwaltung ebenfalls im jeweiligen Jahresabschlussbericht zu informieren.

Stimmenverhältnis: einstimmig

19. Kenntnisnahme einer überplanmäßigen Ausgabe im Rahmen einer Eilentscheidung; hier: Mülltonnen für die Abfallwirtschaft
Vorlage: 044/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag nimmt von der Eilentscheidung des stellvertretenden Landrates, mit der ein Betrag v. 142.800 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt wurde, zur Kenntnis.

Stimmenverhältnis: einstimmig

Nicht öffentlicher Teil

20. Beratung und Beschlussfassung über eine Ergänzungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Abfallentsorgungspflicht vom 14.05.2001
Vorlage: 050/12

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Die Ergänzungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Abfallentsorgungspflicht vom 14.05.2001 wird auf der Grundlage des beigefügten Entwurfes beschlossen. Die Landrätin wird ermächtigt, die Ergänzungsvereinbarung zu unterzeichnen.

21. Beratung und Beschlussfassung über die Nutzung und Veräußerung eines Grundstückes in Preetz (Ergänzungsvorlage zur Sitzungsvorlage 022/12)
Vorlage: 022/12/1

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Öffentlicher Teil

22. Mitteilungen und Anfragen

Anfragen im Sinne der Geschäftsordnung liegen nicht vor. Mitteilungen erfolgen nicht.

Kreispräsident Sönnichsen schließt die Sitzung des Kreistages um 20:45 Uhr und verabschiedet die Anwesenden.

Peter Sönnichsen (Kreispräsident)	Hendrik Schwinghammer (Protokollführer)

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 15-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Niederschrift über die 27. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des am 25. Mai 2008 gewählten Kreistages am Donnerstag, den 29.11.2012 um 17:00 Uhr in Kreisverwaltung, Kreistagssitzungssaal

Kreispräsident Sönnichsen eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag durch Ladung vom 15.11.2012 ordnungsgemäß einberufen wurde. Gleichzeitig stellt er die Beschlussfähigkeit fest, da zu diesem Zeitpunkt 44 Kreistagsabgeordnete anwesend sind.

Zum Protokollführer wird Herr Freitag berufen.

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Kreispräsident Peter Sönnichsen

Mitglieder

Herr Harald Bleckert
Frau Annette Blöcker
Herr Klaus Blöcker ab TOP 6
Frau Kirsten Bock ab TOP 6
Frau Ingrid Bredereck-Mallas
Herr Klaus-Peter Bülowius
Frau Maria Busch-Laurinck
Herr Simon Bussenius
Frau Heidrun Clausen
Frau Christiane Coenen
Frau Rebecca Dibbern
Herr Dr. Ulrich Drerup
Herr Gerd Dreßler
Herr Matthias Ehmke
Herr Bernd Friedrich
Herr Hans-Jürgen Gärtner
Herr Thomas Hansen
Herr Kay Herrmann
Herr Axel Hilker
Herr André Jagusch
Herr Uwe Janz
Herr Gert Killig
Herr Jürgen Kleinfeldt
Herr Dirk Koslowski
Herr Stefan Leyk
Herr Hans-Helmut Lucht
Frau Dr. Birgit Malecha-Nissen
Herr Norbert Maroses
Frau Hildegard Mersmann
Frau Ulrike Michaelsen
Herr Matthias Naumann
Frau Dr. Regine Niedermei-er-Lange
Herr Heinrich Övermöhle
Herr Jürgen Plambeck
Herr Hans-Herbert Pohl
Herr Walter Riecken
Frau Ingrid Rusch
Herr Wolfram Schlauderbach
Frau Beke Schöneich-Beyer
Herr Alexander Schreiber
Frau Anneliese Schwalbe
Frau Melanie Stoßberg ab TOP 6 gemeinsamer Antrag
Herr Horst Thielscher
Herr Dr. Claus Thies
Herr Klaus-Dieter Wagner
Herr Martin Wolf

Landrätin

Frau Stephanie Ladwig

Verwaltung

diverse Mitglieder der Verwaltung

Herr Horst Freitag

Es fehlen:

Herr Kai Bellstedt

Herr Klaus-Detlef Benecke
Frau Bettina Hansen
Frau Helga Hohnheit
Frau Regina Jaeger
Herr Dr. Mark Jahn
Herr Björn Rüter
Herr Lutz Schlünsen

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 17-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Begrüßung, Eröffnung, Beratung der Tagesordnung und Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Aktuelle Stunde	
4.	Niederschrift über die Sitzung am 20.09.2012	
5.	Umbesetzung von Gremien	
5.1.	Umbesetzung im Beirat für Widerspruchsangelegenheiten	AN/2012/0034
6.	Beratung und Beschlussfassung über das Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015	085/12
6.1.	Antrag der SPD-Fraktion: Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015	AN/2012/0048
6.2.	Antrag der CDU-Fraktion: Konsolidierungskonzept 2012 - 2015	AN/2012/0049
.	gemeinsamer Antrag von CDU und SPD zum Konsolidierungskonzept	
6.3.	Ergänzungsvorlage zur Beratung und Beschlussfassung über das Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015	085/12/1
6.4.	TOP 10 wird an dieser Stelle behandelt	AN/2012/0045
7.	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Haushaltskonsolidierungsgesetz	AN/2012/0040
8.	Antrag der FWG-Fraktion: Verabschiedung einer Resolution zur Besetzung der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Plön	AN/2012/0043
9.	Antrag der CDU-Fraktion: Resolution zur Übernahme der Grundsicherung im Alter	AN/2012/0044
10.	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten. TOP wird als TOP 6.4 behandelt	AN/2012/0045

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 18-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: AN/2012/0046
    Verwendung der Ausschüttung von Gewinnanteilen aus dem Jahresüberschuss 2011 der Förde Sparkasse

12. Mitteilungen und Anfragen

Die Tagesordnung wurde wie folgt ergänzt:

Lfd. Nr.	Gegenstand	Sitzungsvor-lage – Nr.
1	Antrag der Fraktion DIE LINKE: (vorher TOP 10) Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten wird als TOP 6.4 behandelt	AN/2012/0045

1 . Begrüßung, Eröffnung, Beratung der Tagesordnung und Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vom Ältestenrat empfohlenen Form als öffentliche Sitzung beschlossen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

2 . Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3 . Aktuelle Stunde

Es wurde keine aktuelle Stunde beantragt.

4 . Niederschrift über die Sitzung am 20.09.2012

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie gilt als genehmigt.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei einer Enthaltung

5 . Umbesetzung von Gremien

5.1 . Umbesetzung im Beirat für Widerspruchsangelegenheiten
Vorlage: AN/2012/0034

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden Beschluss:

Nach Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird Frau Cornelia Bartels in den Beirat für Widerspruchsangelegenheiten berufen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

6 . Beratung und Beschlussfassung über das Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015
Vorlage: 085/12

Nach Aussprache wird über die gestellten und teilweise geänderten Anträge in nachstehender Reihenfolge abgestimmt:

6.4 . Antrag der Fraktion DIE LINKE: Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten
Vorlage: AN/2012/0045

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt ab dem Schuljahr 2013/2014 die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten wieder aufzuheben.

Stimmenverhältnis:

JA-Stimmen:	10	Nein-Stimmen:	36	Enthaltung:	0

6.1 . Antrag der SPD-Fraktion: Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015
Vorlage: AN/2012/0048

Kein Beschluss

6.2 . Antrag der CDU-Fraktion:
Konsolidierungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: AN/2012/0049

Kein Beschluss

6. Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD zum Konsolidierungskonzept

Der Kreispräsident unterbricht die Sitzung, da die Fraktionen Bedarf anmelden einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Nach der Unterbrechung wird folgender Antrag der SPD und CDU Fraktion eingereicht:

1.) Antrag der CDU letzter Absatz mit einer Ergänzung vor dem letzten Satz
2.) Ziffer 2 SPD-Antrag
3.) Ziffer 3 SPD-Antrag

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Auf Vorschlag des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport, richtet der Kreistag eine Arbeitsgruppe zur Neufassung der Satzung über die Erhebung der Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung ein. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Satzung so zu überarbeiten, dass vorhandene Härten abgemildert werden und es zu einer spürbaren Entlastung für die Eltern ab dem Schuljahr 2013/2014 kommt. Das Entlastungsvolumen sollte bis zu 150.000,-€ betragen. Dabei darf das angestrebte Konsolidierungsziel nicht gefährdet werden.
Es wird eine Arbeitsgruppe „Schülerbeförderungssatzung“ eingerichtet, die die Satzung für das nächste Schuljahr überarbeitet. Die Satzung wird dem Kreistag zum April 2013 vorgelegt. Sie soll zum nächsten Schuljahr in Kraft treten.
Bei der Überarbeitung sollte die bisherige Regelung überprüft werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Handhabung und Praktikabilität, Tarifzonen, Geschwisterregelungen gelegt werden. Ziel ist es, für die Eltern eine deutliche Absenkung der Elternbeiträge zum Schuljahr 2013/2014 zu erreichen.

Stimmenverhältnis:

JA-Stimmen:	37	Nein-Stimmen:	5	Enthaltung:	5

6.3 . Ergänzungsvorlage zur Beratung und Beschlussfassung über das Konsolidierungskonzept 2012 bis 2015
Vorlage: 085/12/1

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt das Konsolidierungskonzept für die Jahre 2012 bis 2015 in der geänderten Fassung mit folgenden Änderungen.

In der Anlage 1b zum Haushaltskonsolidierungskonzept werden in lfd.Nr.: II A Zeile 5 für die Jahre 2013-2015 die Zahlen 323.000€ durch 173.000€ ersetzt. Die entsprechenden Gesamtsummen werden angepasst.

Stimmenverhältnis:

JA-Stimmen:	37	Nein-Stimmen:	5	Enthaltung:	5

7 . Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Haushaltskonsolidierungsgesetz
Vorlage: AN/2012/0040

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag spricht sich klar für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ (http://www.vermoegenssteuerjetzt.de) bei.

2. Die Landrätin wird aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Stimmenverhältnis:

JA-Stimmen:	21	Nein-Stimmen:	25	Enthaltung:	1

8 . Antrag der FWG-Fraktion:
Verabschiedung einer Resolution zur Besetzung der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Plön
Vorlage: AN/2012/0043

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Resolution
Der Kreistag des Kreises Plön kritisiert und missbilligt, dass die schulpsychologische Beratungsstelle seit April 2012 praktisch vakant ist. Seit dem 01.04.2012 werden Ratsuchenden „Notlösungen“ angeboten. Der Homepage der Landesregierung Schleswig-Holstein (http://www.schleswigholstein.de/Bildung/DE/Schulen/Unterricht/Praevention/Schulpsychologen_node.html) ist folgendes zu entnehmen:
Schulpsychologische Beratungsstellen gibt es in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt, so dass alle an der Schule beteiligten in Schleswig-Holstein die Möglichkeit haben, eine nahe gelegene Beratungsstelle aufzusuchen. In Fragen, für die der schulpsychologische Dienst nicht zuständig ist, gewährleistet er eine fachlich fundierte Weiterleitung.“

Wir wollen, dass dieses auch für den Kreis Plön zutrifft! Bis zur endgültigen Besetzung muss eine temporäre Ersatzkraft eingestellt werden. Die Besetzung muss in Vollzeit erfolgen, da die Tätigkeit sehr umfangreich ist. Der Beratungsdienst ist tätig für Schülerinnen und Schüler, für Eltern und Erziehungsberechtigte, für Lehrkräfte und für die Schulaufsicht, das Bildungsministerium und die Schulämter und steht mit anderen Beratungsstellen im Dialog.

Der Kreistag fordert daher das Ministerium für Bildung und Wissenschaft auf, ohne jede weitere Verzögerung für eine Besetzung der schulpsychologischen Beratungsstelle im Kreis Plön zu sorgen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

9 . Antrag der CDU-Fraktion:
Resolution zur Übernahme der Grundsicherung im Alter
Vorlage: AN/2012/0044

Der Kreistag fasst nach Aussprache folgenden Beschluss:

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 22-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Der Kreistag beschließt folgende Resolution:

Resolution zur Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sowie zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag nachdrücklich auf, die vom Bund im Rahmen der Gemeindefinanzkommission im Frühjahr 2011 zugesagte und in der Vereinbarung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Sommer 2012 bekräftigte Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (2013: 75 Prozent; ab 2014: 100 Prozent) voll umfänglich an die Kreise und kreisfreien Städte weiterzuleiten und keinen Abzug der Grundsicherungsaufwendungen des Landes vorzunehmen.

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung überdies auf, die Zusage des Bundes im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages einzufordern, ein neues Bundesleistungsgesetz auf den Weg zu bringen, das nicht nur die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärkt und ihre Inklusion fördert, sondern vor allem in der Finanzverantwortung des Bundes zu einer nachhaltigen Entlastung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII führt sowie die hierbei entstehende Entlastungswirkung an die Kreise und kreisfreien Städte als Hauptfinanzierer der ambulanten Eingliederungshilfe weiterzuleiten.

Der Kreis Plön fordert die Landesregierung auf, den Fiskalpakt wie beschlossen umzusetzen und die Entlastungen an die Kommunen weiter zu leiten. Der Fiskalpakt hat die Entlastung der kommunalen Ebene zum Ziel, um die kommunalen Finanzen zu konsolidieren. Dort, wo die Kreise die Hauptlasten der Sozialleistungen tragen, werden direkte kommunale Entlastungen dringend gebraucht. Ein Vorenthalten der zugesagten Entlastungen würde die Ziele des Fiskalvertrages konterkarieren.

Begründung:

1. Im Rahmen der Vereinbarung zur Umsetzung des „Regelsatz-Urteils“ des Bundesverfassungsgericht zum SGB II sowie der Gemeindefinanzkommission hat der Bund im Frühjahr 2011 zugesagt, zur finanziellen Entlastung der Kommunen die Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII in 2012 zu 45 Prozent, in 2013 zu 75 Prozent und ab 2014 zu 100 Prozent zu übernehmen. Diese Entscheidung ist in der Bund-Länder-Vereinbarung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages im Juni 2012 ausdrücklich bestätigt und insoweit ergänzt worden, als die Erstattung durch den Bund auf Grundlage der aktuellen Ausgabewerte erfolgen soll.

   Die schrittweise Übernahme der Grundsicherung durch den Bund war nach Auffassung aller Beteiligten lediglich ein „Transportmittel“, um über die Länder bei den Kommunen eine nachhaltige finanzielle Entlastung zu erzeugen. Sie erfolgt hingegen nicht im Interesse einer finanziellen Entlastung der Länder. Es wäre vor diesem Hintergrund auch im Hinblick auf bereits erfolgte erhebliche Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich nicht mit dem Zweck der Übernahme der Grundsicherung durch den Bund vereinbar und mithin nicht akzeptabel, wenn Landesregierung und Landtag in Schleswig-Holstein entsprechend der Aufwendungen des Landes einen Teil der zur Entlastung der Kommunen gedachten Mittel für den Landeshaushalt vereinnahmen würden.

2. Im Rahmen der Verständigung zur innerstaatlichen Umsetzung des EU-Fiskalvertrages haben sich Bund und Länder im Juni 2012 zudem darauf verständigt, dass der Bund in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen etablieren wird, das in der Finanzverantwortung des Bundes das bisherige Leistungsrecht der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ablösen bzw. modifizieren soll. Die entsprechende Zusage des Bundes erfolgte ausdrücklich in Anerkennung des Umstandes, dass die Länder in ihrer Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen bei ihren Haushaltskonsolidierungsbemühungen wegen der expliziten Einbeziehung der kommunalen Verschuldung in die Defizitobergrenze des Fiskalpaktes vor deutlich größere Herausforderungen gestellt werden, als der Bund. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass durch ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen in der Finanzverantwortung des Bundes nicht nur ein Beitrag zur Inklusion und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen geleistet, sondern die dabei entstehende Entlastungswirkung vor allem im Bereich der ambulanten Eingliederungshilfe auch bei den Kreisen und kreisfreien Städten als deren Hauptfinanzierer „ankommt“.
3. Nach der Bund-Länder-Verständigung im Sommer zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags liegt nunmehr ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der zum einen zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags eine Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes enthält, mit der die bislang nur allgemein formulierten Anforderungen an die Aufstellung der Haushalte von Bund und Ländern mit Blick auf die Einhaltung der nationalen Schuldenbremse wie folgt präzisiert werden soll:
   „Das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von Bund Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen darf eine Obergrenze von 0,5 Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten….“
   Um diese Obergrenze nicht zu überschreiten, war es als notwendig angesehen worden, die kommunale Seite finanziell zu entlasten. Eine Nicht-Weitergabe der Entlastungen würde diese Ziele konterkarieren. Die Länder tragen im Rahmen des Fiskalvertrags die Verantwortung für ihre Kommunen.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei fünf Enthaltungen

10 . Antrag Fraktion Die Linke wurde als TOP 6.4 behandelt

11 . Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Verwendung der Ausschüttung von Gewinnanteilen aus dem Jahresüberschuss 2011 der Förde Sparkasse
Vorlage: AN/2012/0046

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht den Antrag während der Aussprache zurück.

12 . Mitteilungen und Anfragen

Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Plön

LfdNr./Jahr 24-24 Veröffentlichungsdatum: 02.01.2013

01 / 2013

Es werden keine Anfragen gestellt.

Kreispräsident Sönnichsen weist darauf hin, dass der Abgeordnetenpost der neue Sitzungskalender für das Jahr 2013 beigefügt ist.
Zur Sitzung des Kreistages am 13.Juni 2013 merkt Herr Sönnichsen an, dass dieser als „Verabschiedungskreistag“ geplant ist. Im Bedarfsfall könnten dort aber auch Sachentscheidungen gefällt werden müssen.

Kreispräsident Sönnichsen schließt die Sitzung des Kreistages um 19:05Uhr und verabschiedet die Anwesenden.

Peter Sönnichsen (Kreispräsident)	Horst Freitag (Protokollführer)